

Pressemitteilung



DGB Rheinland-Pfalz

PM 50/2012
17. Juni 2012
Hs-hru
www.west.dgb.de

Polizei

DGB fordert „runden Tisch“ zur Situation der Polizei

Der DGB Rheinland-Pfalz sieht angesichts der Situation der Polizei im Land dringenden Gesprächsbedarf zwischen Gewerkschaften und Landesregierung. Die unterschiedlichen Positionen seien in den letzten Tagen überdeutlich geworden. Nun sei es an der Zeit, sich an den „runden Tisch“ zu setzen und über Lösungsmöglichkeiten zu sprechen, sagte der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid am Sonntag in Mainz.

Die Schließungen der Bereitschaftspolizei in Schifferstadt und der Kriminalinspektion Speyer, die Zusammenlegungen von Kommissariaten, die Auflösung von Autobahnstationen und der Verkehrsdirektion Rheinland-Pfalz, die Reduzierung der Polizeifahrzeuge und Arbeitsverdichtungen, die euphemistisch als „Optimierung der Polizeiorganisation“ bezeichnet würden, verschlechtern nicht nur objektiv die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Polizeiarbeit. In Verbindung mit der Deckelung der Gehaltserhöhung auf 1 % pro Jahr, der Halbierung der Beförderungen und Einschnitten bei der Krankenversicherung fragen sich immer mehr Polizeibeschäftigte, ob ihre Arbeit noch die verdiente Anerkennung und Wertschätzung erfährt.

Dietmar Muscheid: „Bei der Polizei ist gute und erfolgreiche Arbeit sehr viel mehr als anderswo davon abhängig, dass die Kolleginnen und Kollegen sich ganz persönlich engagieren und im wahrsten Sinne ihren Kopf hinhalten. Die Motivation der Polizei darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.“

Das Kernproblem aller Einsparungen bleibe die Reduzierung der Polizeistellen auf 9.014 - von denen in Vollzeit umgerechnet ab 2016 nur noch 8.300 besetzt sein werden. Die Zahl der eingeschränkt Dienstfähigen hat sich nicht zuletzt durch die Verlängerung der Lebensarbeit auf knapp 1.000 seit 2001 verdoppelt!

Bislang seien die Sparmaßnahmen über die Köpfe der Polizeibeamten hinweg entschieden worden, sagte Muscheid weiter. Der in der Öffentlichkeit zum Teil vermittelte Eindruck, Personalräte und Gewerkschaft der Polizei hätten Sparmaßnahmen mit beschließen, sei falsch. „Es ist klar, dass wir bestehende Probleme weder wegdiskutieren noch aussitzen können. Ebenso wenig helfen gegenseitige Schuldzuweisungen. Daher halte ich einen runden Tisch aus Gewerkschaftsvertretern und Landesregierung für den sinnvollsten Weg, im Sinne der Beschäftigten nach Lösungen zu suchen.“

Verantwortlich:
DGB-Bezirk West
Henrik Schmitz
www.twitter.com/HenrikSchmitz

Kaiserstraße 26-30
55116 Mainz
Telefon: 06131-281628
Mobil: 0151-62849602
Fax: 06131-821688

E-Mail: Henrik.Schmitz@dgb.de
E-Mail: Heike.Ruhrmann@dgb.de
www.west.dgb.de
www.facebook.com/DGBBezirkWest